

NOTFALLVORSORGE

Aus dem Inhalt

Biologische Gefahren
für die Tierwelt

Der 11. September 2001:
Gibt es eine
alteuropäische Sicht?

Zivilschutz-
forschungsprojekt
Gefahrenreduzierung

Sicherheitsmanage-
ment bei Hilfswerken

Deutschland muss
mehr Verantwortung
übernehmen für den
Frieden in der Welt





Der 11. September 2001 - Gibt es eine alteuropäische Sicht?

Wolf R. Dombrowsky, Katastrophenforschungsstelle Universität Kiel

„Das ist altes Europa. Wenn Sie sich heute Nato-Europa ansehen, dann verlagert sich der Schwerpunkt nach Osten“ (Rumsfeld 2003), - hin zu den neuen EU-Mitgliedern und hin zur Türkei, deren EU-Mitgliedschaft die USA forcieren, zugleich auch hin zu Mitgliedern, die der „Koalition der Willigen“ angehören, also den Befürwortern eines Krieges, den die USA nach dem 11. September 2001 gegen den internationalen Terrorismus und für eine neue Weltordnung organisieren.

Die Unterscheidung in „alte“ und „neue“ Europäer, die Donald Rumsfeld in einer Pressekonferenz (22. Januar 2003) vornahm, löste vor allem bei den „alten“ Europäern, Deutschland und Frankreich, diplomatische Irritationen aus. Man sah darin eine gezielte Provokation, die Aussaat von Zwietracht, gar einen Spaltungsversuch. Den ungewollten positiven Nebeneffekt sah man anfangs nicht: Europa diskutierte mit Verve über sein Selbstverständnis, über seine Identität und damit auch über seine Wurzeln - sogar intensiver als während der Verfassungsgebung.

Die Wurzeln Europas werden gern bis zur griechischen Antike zurückverfolgt, der so genannten „Wiege“ der Demokratie. Dabei übersieht man, dass die politischen Kämpfe zwischen Demoi und Eupatriden nicht die Geburtsstunde von Demokratie war, sondern der blutige Kampf um Vorherrschaft. Auch damals schon ging es um den Zugang zu Positionen, um Verteilungsmacht und um das zu Verteilende selbst.

Noch lieber wird darüber hinweggesehen, dass die Herleitung von Demokratie und abendländischem Denken aus der griechischen Antike schiere Ideologie ist. Das mögen die Lordsiegelbewahrer solcher Ideologie, allen voran Silvio Berlusconi und Oriana Fallaci, vehement bestreiten, indem sie Dante gegen Averroes oder gegen Omar Chajjam aufwiegen und damit die eigene Kultur über die aller anderen stellen. Von solcher Überlegenheitssehnsucht sollten vor allem wir Deutschen geheilt sein - und vorbeugend immer wieder Alfred Adler beherzigen, wenn uns vermeintlich Superiore einreden wollen, es gäbe Inferiore, gegen die neuerliche Kreuzzüge zu führen seien, als Kampf richtig gegen falsche Kulturen.

Stattdessen sollten wir nach den wirklichen Stammbäumen unserer Erbschaften suchen und nicht die antike *Wahl*verwandtschaft für gebürtliche Blutsverwandtschaft halten. Dazu helfe es, auf globalem Niveau zu wiederholen, was Diderot und d'Alembert während der Aufklärung

erstmalig versuchten: eine Enzyklopädie des gesamten Menschheitswissens zusammenzutragen. Eine solche Enzyklopädie mit Supplementbänden über „not knows“ und „lost knows“ wäre heute nötiger denn je, nicht nur, um alle Beiträge menschlicher Zivilisierungsversuche zu versammeln, sondern auch, um uns gegenseitig verständlich zu machen, wie viele dieser Beiträge im Namen wechselseitigen „Zivilisierens“ vernichtet worden sind.

Betrachten wir Europäer die „mental map“ unserer geistigen Wahl-Erbenschaft, so wird „alteuropäisch“ beinahe ausschließlich griechisch und römisch interpretiert, während der Rest des Mittelmeerraumes in Dämmerung, Indien und China im Vorabend, Afrika und Amerika in dunkler Nacht verschwinden. Selbst wenn wir nur das antike Rom betrachten, bleiben wir in seiner christlichen Deutung befangen, nehmen wir Ägypten bestenfalls kleopatrisch erotisiert wahr, während die für das „abendländische“ Denken weit bedeutsameren Einflüsse des Mithraismus und der antiken Steppenvölker kaum Erwähnung, geschweige denn Würdigung finden.

Dabei erweisen sich die größten Kulturleistungen als Amalgamierungen. Was wären wir ohne die Keil- und Bildschriften der hydraulischen Kulturen, ohne deren Vermessungs- und Buchführungstechnik? Und spä-



ter? Der frühe Islam verband den spätantiken-ost-römischen Zivilisationsraum mit dem persisch-mittelasiatischen, der wiederum völlig von China geprägt war. Die Muslime des 8. Jahrhunderts pflegten intensive Beziehungen zum China der Tang-Periode und beide kämpften gegen das damals stärkste Militärreich Eurasiens, gegen Tibet - doch hat das jemals in Schulbüchern gestanden? Die wenigsten von uns haben von diesen kulturhistorischen Wechselwirkungen gehört und genau dies ist das Problem angesichts der Schwafeleien über den *clash of civilizations*. In Wahrheit wuchsen Zivilisationen durch ihre wechselseitige Durchdringung, nicht durch ihre gegenseitige Auslöschung. Nur wer in den Verkürzungen von Kampf und Krieg denkt, betont die Zusammenstöße. Dann sieht man im spätmittelalterlichen Mongolensturm nichts anderes, als den wilden Auf- und Einbruch barbarischer Völker, die plötzlich den Westen bedrohen - und kein Großreich eurasischer Steppenzivilisation mit bis dahin unbekannter Organisations-, Kommunikations- und Mobilitätsqualität.

Und selbst das Osmanische Reich erscheint bis heute der Mehrheit als Bedrohung der Christenheit und nicht als hoch zivilisierte europäische Großmacht, die mit den spanischen Habsburgern um die Mittelmeerwelt konkurrierte und weit mehr zustande brachte als verkohlte Kaffeebohnen vor den Toren Wiens liegen zu lassen. Was, so müsste man fragen, um geostrategische Dynamik zu begreifen, ist an der damaligen Schiene Madrid-Konstantinopel machtpolitisch anders gewesen, als an der Schiene Washington-Moskau während des Kalten Krieges? Dann erfasste man Zusammenhänge von Balancement, von Eindämmung, aber auch von Einfluss und Beeinflussung, von wechselseitiger Bedrohung und Zähmung.

Wir sind jedoch nicht nur ideologisch verblendet, sozusagen Schulbuch systematisch durch einen stieren Blick auf die hehre Antike, sondern auch zu größter Überheblichkeit freiwillig bereit. Man muss nämlich,

als Kehrseite, zur Inferiorisierung willens sein, was nicht nur für Unkraut und Untier gilt. Töten, vernichten und ausrotten kann man als letzte Konsequenz nur, wenn man sich dazu selbst legitimiert - und zusätzlich legitimiert wird. Auf kollektiver Ebene ist dies bislang immer über die Zerlegung in Über- und Unterlegenheit organisiert worden. Ob „Arier“ gegen „bolschewistische Untermenschen“, ob „Erleuchtete“ gegen „räudige, ungläubige Hunde“, ob „Schwarz“ gegen „Weiß“, oder ob heute ein neuer Kreuzzug gegen die „fundamentalistischen Feinde von Demokratie und Freiheit“ ausgerufen wird, die dahinter liegende Psychodynamik war und ist die gleiche.

Wir sollten uns dieser Dynamik vergewissern und uns die Produktion von Inferiorität anschauen, mit der zum Beispiel der „Stürmer“ vor 70 Jahren unseren Eltern und Großeltern glauben machen wollte, Juden führten rituelle Kindermorde und andere Monstrositäten aus oder seien wie Ratten, die die Pest einschleppten (wie der Vorspann zum Film „Der ewige Jude“ suggerierte). Die Wirkung und die Auswirkung dieser Lügenpropaganda sind uns heute klar. Doch sind sie historisch überwunden? Was bewirkten die Berichte von „Augenzeuginnen“ über bestialische Kindstötungen durch irakische Soldaten in Kuwaitischen Krankenhäusern, die 1990 vordem Vereinten Nationen vorgetragen wurden und die sich später als bezahlte Inszenierung entpuppten? Oder was bewirkten die (ebenfalls inszenierten) Bilder von tanzenden und lachenden Palästinenserinnen nach „9-11“? In beiden Fällen ging es nicht um Tatsachen oder um „Wahrheit“, sondern um die Erzeugung von Bereitschaften und um die Legitimation, sie ausleben zu dürfen, wenn es sein muss auch mit tödlicher Konsequenz (vgl. Hill & Knowlton 1990).

Das „alte Europa“, maßgeblich Deutschland und Frankreich, war zu dieser Konsequenz nicht bereit, jedenfalls nicht ohne eine vom Völkerrecht legitimierte Grundlage. Dieser Unterschied ist es wert, von jedem einzelnen Bürger der europäischen Union buchstabiert zu werden.

Insbesondere wir Deutschen sind es unserer Geschichte schuldig, Menschen- und Völkerrecht über alles zu stellen und nicht unser Land oder unsere Kultur - und auch nicht „Demokratie“.

Gerade wenn man „alteuropäisch“ zu denken versucht, sollte man nicht vergessen, dass „Demokratie“ keineswegs als das begann, zu dem sie uns in der Gegenwart heilig gesprochen wird. Sie war das Ergebnis erbitterter Kämpfe, buchstäblich herausgeschlagen aus den Ungerechtigkeiten des Verteilens und dennoch nur neuer Modus des Verteilens. Demokratie war, ist und bleibt ein Metaverfahren, das die Verteilung für Verteilung regelt. Der neudeutsche Begriff „Partizipation“ drückt es aus: Wir haben teil an den Verfahren, mit denen wir bestimmen, wie verteilt wird. Bei den Eupatriden, letztlich eine feudale Stammesgesellschaft wie wir sie heute noch in Afghanistan finden, wählten die Oberhäupter ihren König. Das Königtum war ein temporäres Wahlamt, anfangs nur für den Krieg. Auf Dauer gestellt werden konnte es nur durch Usurpation - und nur auf ebenso drastische Weise, durch Königsmord (vgl. de St. Croix 2004), in Stammesmacht zurückgeholt werden. Von beiden Missbildungen ist keine Herrschaftsform weit entfernt, auch nicht Demokratie. Und auch sie leidet an Usurpationen. Deshalb besteht, wie Karl Popper zuspitzte, das einzig relevante Problem darin, ob und wie man die Herrschenden wieder los wird.

Vom Kampf der Demoi um mehr Teilhabe an den Modi der Verteilung des Reichtums und am Reichtum selbst bis in unsere Gegenwart und unseren Kämpfen um die heutigen Modi der Verteilung und um den gegenwärtigen Reichtum war ein langer Weg. Auf diesem Weg ist viel vergessen, sehr vieles aber auch absichtlich dem Vergessen überantwortet worden, zumeist (und trivial dazu), weil Geschichte bevorzugt von Siegen und Siegern erzählt und letztere nicht gern erinnert werden, von wo sie kamen und noch weniger, mit welchen Mitteln sie verteilungsmächtig wurden und reich dazu.

Wenn heute im Namen von Demokratie und Freiheit Krieg gegen den Terror geführt wird, erinnert sich vermutlich niemand mehr, dass diese Programmatik selbst dem Aufstand entsprang und das *régime de la terreur* als heilsames Pädagogikum gegen die Konterrevolution gefeiert wurde. Wohl auch nicht, dass *liberté, égalité* und *fraternité* schon vor der Französischen Revolution und Robespierre die unbotmäßige Vision einer sozialverantwortlichen Kirche formulierte (Francois Fénelon), die der Monarchie als ausreichender Grund für die Bastille galt (s. Salignac de la Mothe 1699). Manchmal kann man sich im wirklichen Leben gar nicht so schnell drehen, wie aus Staatsfeinden Revolutionäre, daraus Terroristen und daraus wieder Staatsmänner und Verbündete werden.

Als Deutscher muss man gleichwohl innehalten. Der Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 und die Nürnberger Prozesse lehren, dass es nicht nur darum geht, wie man falsche Herrschaft los wird, sondern auch, dass mehr nötig ist als ein Sieg, um dauerhaft und tragfähig Frieden stiften und Feindschaft beenden zu können. Aus dieser Perspektive gewinnt der gegenwärtige Prozess gegen Saddam Hussein beinahe antipodische Qualität, mehr noch die Weigerung Amerikas, die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshof (ICC) zu ratifizieren. Hier gewinnt der Unbelehrbaren Lieblingswort tragische Aktualität: „Siegerjustiz“ hilft nicht der Gerechtigkeit zum Sieg, sondern verspielt die Chance zur Befriedung.

Über solche Probleme konnten die alten Europäer lange grübeln, zwischen Augsburger Religionsfrieden 1555, Edikt von Nantes 1598 und Westfälischem Frieden 1648. Seitdem aber weiß man schon vor jedem Schädelspalten, dass die Übrigbleibenden danach desto verträglicher miteinander auskommen müssen, desto brachialer ihre wechselseitigen Verheerungen vorher waren. Handelt man zuwider, keimt schon der nächste Verteilungskampf, Schädelspalten inklusive. Auch diese Lektion ist sehr europäisch, wenngleich unbegrenzt von Raum und Zeit. Mehrheitlich gilt

Verzicht als inakzeptabel, galt „Verzichtfrieden“ lange vor Versailles als so unerträglich, dass man lieber auf Frieden verzichtete. Ganze Völker und Kontinente „schlidderten“ so in Kriege, die immer aufs Neue verteilen sollten, was schon zuvor nicht geteilt werden wollte. Unsere heutigen Konflikte sind das Ergebnis solcher Weltverteilungen und es ist nicht ohne Ironie, dass die größten Umverteilungsversuche zum größten und längstmöglichen Unfrieden führten. An den Erbschaften des britischen Empire leidet heute die ganze Welt, am explosivsten im Nahen und Mittleren Osten. Im 21. Jahrhundert wäre es an der Zeit, die Konflikte dadurch zu beenden, dass man endlich gerecht teilt, statt ungerechten Verteilungen nur weitere Umverteilungen und neue Ungerechtigkeiten folgen zu lassen.

Aber auch das wissen wir längst. Andererseits, was bliebe übrig, wenn man gerecht teilte? Schon die Frage lässt schauern - und beherzt zum Ausweg greifen. Seit Jahrzehnten wird über Verfahren und die Zulassung zu diesen Verfahren diskutiert; - die Vereinten Nationen sind das Archiv solcher Aus- und Umwege, zugleich aber auch Versuchslabor und Zukunftswerkstatt in einem. Am Ende werden wir alle nicht um die Einsicht in das Notwendige herum kommen - oder umkommen. Bislang wird beides nach Kräften vertagt. Allerdings werden uns die *peace-enforcing-missions* erst die Glaubwürdigkeit und dann den Kopf kosten, sofern sie nur helfen, ein gerechtes Teilen zu ersparen. (Tatsächlich wird *unsere* Freiheit am Hindukusch verteidigt.)

Unser historischer terroristischer Arm, der uns durch Revolution an die Macht brachte, überzeugte durch andere Einsätze. Sie propagierten nicht, sondern demonstrierten, dass durch die Anwendung von Vernunft das zum Verteilen Nötige in Überfluss erzeugt werden kann. Das war die Überzeugungstat gegen Adel und Klerus: Produktivität durch Wissenschaft. Die neuen Stände erzeugten das zum Leben Notwendige selbst, während die alte Standesgesellschaft als Bande

von Schmarotzern erschien, die nichts besaß als Boden, - doch blieb er nackte Krume ohne jene, die ihr Frucht abgewannen. Den langen Weg hin zu dieser Überzeugung haben Paul Hazard (1990) als Entstehung des „Europäischen Geistes“ und Franz Borkenau (1934) als Entstehung des „bürgerlichen Weltbildes“ trefflich analysiert.

Worauf die neue Produktivität gründet, war anfangs das einende Band: Auf Arbeit und Wissen. Wem der Reichtum gehört, war schnell umstritten. Denen, die ihn schaffen - lautete zumindest der Traum der frühen Sozialisten. Derweil ihn schon jene aneigneten, die Arbeit und Wissen finanzierten. Man lese nur die Protokolle der Royal Society, vor der James Watt um Wagniskapital bettelte und kühl beschieden wurde, dass ein *return on Investment* nicht absehbar sei. Heute geht es, wie Meinhard Miegel (2005) aufzeigt, nur noch um die Spekulation auf schnelle, lukrative *returns*, steigert das ökonomische Wachstum nicht mehr den Wohlstand der Nationen. Sie verarmen in dem Maße, wie Produktivität allein dem Ausschluss der Produzenten erwächst. Für die Aufrechterhaltung der gesamten deutschen Volkswirtschaft genügen inzwischen weniger als 18 Millionen Arbeitende - bei einer derzeitigen Auslastung von weniger als 68 Prozent. Angesichts solcher Daten ist die Phrase vom Wachstum, das Arbeitsplätze schafft, längst eine alberne Absurdität.

Ist der europäische Geist am Ende, das bürgerliche Weltbild entzaubert? Rückt Europa, wie es Rumsfeld prognostizierte, nach Osten, weil dort ein neues Weltbild entsteht? Schaut man nach Polen, ins Baltikum oder in die Ukraine, so lässt sich dort weder ein Gegenbild zu noch ein neues Bild von Europa entdecken. Historisch fühlen sich diese Länder „europäischer“ als ihre geographische Lage vermuten lässt. Geht man weiter, Richtung Russland, so ist weder Produktivität noch Verteilungsgerechtigkeit zu entdecken. Und was findet sich in Richtung Türkei, die die USA massiv einschließt, wenn von „Erweiterung“ gesprochen wird? Für manchen Eu-



ropäer eine eher bedrohliche Reproduktivität, Begehrlichkeiten nach Umverteilung (als Mischung aus Regionalfonds und Agrarsubventionen) und ein Geist, den zu integrieren sich die meisten nicht wagen, weil sie ihn so sehr fürchten.

Was also ist mit Europa los? Hat Donald Rumsfeld am Ende Recht? Ist Europa zur Erneuerung unfähig, nur noch ein ängstlich auf Bestandssicherung schielender Riese, dem Lenden- und Geisteskräfte schwinden?

Selbst diese Fragen sind nicht neu. Sie beschäftigten alle Zivilisationen und sie führten zu vielerlei Antworten über Aufstieg und Fall großer Mächte und Reiche. Ob das alte Europa, das Abendland, untergeht, steht dennoch dahin. Das Modell war so erfolgreich, dass es die Welt erobert hat und alternativlos nach den letzten Ressourcen jagt, die in Akten „schöpferischer Zerstörung“ (Schumpeter) einverleibt werden können, bis auch sie verschwunden sind. Die großen europäischen Errungenschaften bleiben dabei auf der Strecke: Produktivität und ein gerechter Modus ihrer Verteilung. Inzwischen stehen beide zunehmend auch bei den breiten Schichten in Zweifel. Produktivität mehr nicht mehr Wohlstand und gibt nicht mehr Arbeit, Demokratie versinkt in Usurpation und löst ihr originäres Regulationsversprechen immer weniger ein.

Das Regulationsversprechen bestand darin, dass jedes Mitglied sowohl an den Modi des Verteilens als auch an dem zu Verteilenden rechtens und gerecht partizipieren kann. Das erste sollte durch allgemeine, gleiche und freie Wahlen, das zweite durch sozial- und wohlfahrtliche Umverteilungen erreicht werden. Die Umverteilungsmodi wurzelten allesamt in gemeinschaftlichen Werten: Geholfen werden sollte jenen, die durch Unglück, Krankheit oder unverschuldete Not der Unterstützung bedürfen. Dass längst Millionen Unterstützung brauchen, die sich selbst ernähren könnten, wenn es für sie Arbeit gäbe, sah dieser Gedanke weder vor noch voraus. Heraus kommt wechselseitige Beschädigung. Bei den Menschen, die heraus-

fallen aus Erwerb und Erwerbssystem, und beim System, das immer weniger kann, was zu können es vorgibt. Das hielten bislang kein System und kein Volk auf Dauer durch.

Statt aber die Zeiger der Uhr auf Gespensterstunde zu stellen und mit Weimar und dem Marsch nach Rechts bis in den Faschismus zu drohen, könnte auch einmal anders reagiert und darüber nachgedacht werden, ob womöglich die Bestandskrise gegenwärtiger Demokratie nicht auch zum Positiven führen könnte, zur Demokratie nach der Demokratie, zur „Überdemokratie“. Man hört Nietzsches kynisches Gelächter, damals, als er seine Zeitgenossen fragte, ob sie allen Ernstes glauben, dass die Evolution bei ihnen aufhöre?

Genau so wird uns Heutigen „Demokratie“ entzeitigt: als höchste und endgültige Stufe der politischen Evolution. Das aber ist ebenso lächerlich wie die Annahme, dass der Mensch die höchste und endgültige Stufe der biologischen Evolution sei. Nein, es geht weiter und wir täten gut daran, die politische Evolution mit Bedacht und Sorgfalt voranzutreiben. Was könnte „Überdemokratie“ werden? Was hätte die nach uns kommende Demokratie zu sein und vor allem: Was hätte sie zu regulieren?

Man muss weit zurückgehen, um voran zu kommen. Und man muss Erbschaften antreten und Durchmischungen zulassen. Dass es gerecht zugehe auf der Welt, wünschen sich im Prinzip alle. Den gerechtesten Regulationsmechanismus findet man im Philosophischen Probabilismus des Bartholomé von Medina (1577); er wurde zentraler Bestandteil der katholischen Morallehre (bis hin zu Fenélon), hatte aber auch eine hohe Schnittmenge mit den Erwägungsregeln des Koran sowie mit dessen Zins- bzw. Wucherverbot. (Von dort aus sollte man wieder einmal über ethisches Investieren nachdenken und über die Verantwortung von Eigentum.)

Der philosophische Probabilismus (vgl. Giegerenzer 2004; 1989) diente der Formulierung so genannter „probabler“, also wohl erwogener Begründungen für ein beabsichtigtes Handeln. Ein Entscheiden und Han-

deln ohne probable Gründe war gleichbedeutend mit Sünde. „Hamartia“ war die Abweichung vom Richtigen und Guten. Nicht probabel handelten Abenteurer, Hazardeure, Glücksritter und Spekulanten; sie tendierten zum Betrug und schlossen sogar Pakte mit dem Teufel.

Im Prinzip diene dieser religiös konstituierte Regulationsmodus der Wagnismoderation. Bei Unsicherheit über den Ausgang einer Entscheidung oder Handlung dürfen deren Folgen nicht unüberstehbar sein. Wagnisse, denen die Schutzbefohlenen, also das „ganze Haus“ und sein Vermögen zum Opfer fallen könnten, waren zu Recht inakzeptabel und erschienen als Todsünde. Von daher zielte die Abwägung von Wagnissen darauf ab, das Maß gegenseitiger und gemeinsamer Belastbarkeit vorab zu ermessen und zugleich den Eventualfall in Form eines „gegenseitigen Beistandspaktes“ zu verfriedlichen: Wir wagen, aber wir wagen wohlervogen. Dabei erschöpfte sich das vor Gott verantwortliche Abwägen nicht in moralischem Beistand, sondern in materieller Absicherung, indem Vorkehrungen gegenüber schädlichen Handlungsfolgen vereinbart wurden. Das Verfahren selbst war streng konsensual; erst wenn alle potenziell Betroffenen in das Wagnis einwilligten, konnte es eingegangen werden.

Das Konsensusprinzip zwang dazu, mit Entscheidungen so lange zu warten, bis auch der letzte überzeugt war. Dies erscheint bei Entscheidungen über Wohl und Wehe, Leben und Tod, mehr als angemessen. Strukturell wohnt dem Konsensusprinzip die Entschleunigung inne. Vermutlich sind die meisten Heißsporne abgekühlt, bis endlich der Letzte einem Wagnis zustimmt, während umgekehrt eine Chance schon extrem überzeugend sein musste, damit auch der sprichwörtlich Letzte zu einer sofortigen Entscheidung drängte. Demgegenüber ist das Mehrheitsprinzip strukturell ein Beschleuniger. Zur Entscheidung reichen 51 Prozent, zudem werden sich die widerborsigsten Bedenkenträger immer am Ende der verbleibenden 49 finden. Man hat es also sehr viel leichter,

Wagnisse eingehen zu können, vor allem dann, wenn man die dadurch winkenden Chancen mit dem Windhundprinzip koppelt: Wer schnell wagt, gewinnt am meisten. Letztlich wurzeln in genau dieser Koppelung von Mehrheits- und Windhundprinzip die größten Anreize für Shift Offs und somit für ein Riskieren, das sich um die verbleibende Hälfte immer weniger kümmert - sei es die nächste Generation, die Natur oder so genannten Minderheiten ohne Lobby.

Für die potentiell von Schaden Betroffenen ist bedeutungslos, ob sie sich an der Ungewissheit eines Wagnisses oder an der Wahrscheinlichkeit eines Risikos beteiligen, für sie zählt allein, ob und wie sie die möglichen Konsequenzen zu überstehen vermögen. Ist dies geklärt und stimmen sie dem Wagnis zu, so steht zu erwarten, dass es im Scheiternsfall nicht zur Störung der sozialen Beziehungen der aufeinander Angewiesenen kommt, sondern sie sich vielmehr Schaden und Leid solidarisch teilen. Dies gilt für alle Ungewissheiten, also auch für Risiken, bei denen die Schadensdrohung nach Maßgabe der vorausgehenden Ereignisse berechenbar erscheint. Insofern lassen sich Risiken kalkulieren und Wagnisse nicht, doch ob man beide einget, hängt nicht von einer wie immer gearteten Kalkulierbarkeit ab, sondern von Art und Güte der sozialen Diskurse, in denen Wagnis wie Risiken bewertet werden, sowie der materiellen Vereinbarungen, mit denen man Verluste und Gewinne verteilt.

Genau hier liegt der Irrtum heutiger Politik, weil sie so tut, als könne eine rechnerische Minimalisierung eine Entscheidung begründen. Eher stimmt das Gegenteil. Der Mangel an beratenden Diskursen über Für und Wider und - mehr noch - an absichernden Vereinbarungen über Schadensersatz und Gewinnverteilung weckt Misstrauen bis zur Risikoaversion. Viele Menschen fühlen sich außer Acht gelassen und glauben, selbst Riskierte zu sein, statt als wert erachtet zu werden, mit ihnen nach probablen Gründen zu suchen und darüber selbst (menschlich) probabel zu werden.

So besehen sind „probable Gründe“ weit mehr als nur Argumente. Es sind Verfahren zur sozialen Friedensstiftung und zur Scheiternsregulierung. Nur wenn beim Eingehen von Wagnissen/Risiken eine Art sozialer Kontrakt zustande kommt, durch den die Folgen von Wagen/Riskieren gemeinsam getragen werden, bleibt der soziale Frieden zwischen denen, die Risiken eingehen, und denen, die dadurch zu Schaden kommen könnten, gewahrt. Ohne ein solches risiko-umhendes Sozial-Kalkül bleiben Risiko-Kalküle nichts anderes als Bereitschaft, Dritte mitzuriskieren. Erst ein Risiko-Kalkül als kollektives Sozial-Kalkül über die probablen Gründe wahrt Moralität und sichert den sozialen Frieden zwischen den beteiligten Parteien. Das aber wäre Demokratie, die ihre Regulierungsversprechen einlöst - mithin erster Schritt hin zur Überdemokratie im 21. Jahrhundert.

Von hier aus knüpft sich eine inhaltlich (nicht historisch) durchgehende Linie zurück zum Prinzip des bonum commune der griechischen Antike. Zusammen mit einer konsensuellen Regulation unter dem Leitprinzip aus „Wohlerwogen“ und „Sozialförderlich“ könnte sich eine „alt-europäische Sicht“ formen, die der derzeitigen amerikanischen Sicht auf die Welt und deren Verteilungsvorstellungen (vgl. Pfaller 2003) eine hoffnungsvolle Alternative bietet: bonum mundum.

Literatur

- Adler, Alfred: Menschenkenntnis. Reinbek bei Hamburg: Fischer TB 1978 (1927)
- Adler, Alfred: Vom Sinn des Lebens. Leipzig 1933
- Bonß, Wolfgang: Vom Risiko. Unsicherheit und Ungewissheit in der Moderne. Hamburg: Hamburger Edition 1995
- Borkenau, Franz: Der Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild, Paris 1934 (Neudruck Darmstadt 1971)
- Gigerenzer, Gerd: Das Einmaleins der Skepsis. Über den richtigen Um-

gang mit Zahlen und Risiken [Calculated Risks: How to Know When Numbers Deceive You]. Berlin, Btv, 2004.

- Gigerenzer, Gerd/Swijtink, Z./Porter, Th./Daston, L./Beatty, J./Krüger, L.: The Empire of Chance. Cambridge: Cambridge Univ. Press 1989
- Hazard, Paul: The European Mind, 1680-1715, Fordham University Press, 1990
- Hill & Knowlton, PR-Agentur, trainierte die Tochter des kuweitschen Botschafters in den USA für einen Auftritt vor den Vereinten Nationen am 10.10. 1990, wo sie über Greuelthaten irakischer Soldaten berichtet, die angeblich Babies aus Brutkästen gerissen und auf den Boden geworfen hätten. Ein Jahr später wird nachgewiesen, dass es sich um eine Inszenierung im Rahmen einer 10 Millionen Dollar teuren Kampagne Kuweits gehandelt hatte, die dazu dienen sollte, die USA zum Kriegseintritt zu bewegen. (<http://www.arbeiterfotografie.com/galerie/kein-krieg/hintergrund/index-manipulation-9-11-0001.html>)
- Kelsen, Hans: Vergeltung und Kausalität. Mit einer Einleitung von E. Topitsch. „Vergessene Denker - Vergessene Werke“, Klassische Studien zur sozialwissenschaftlichen Theorie, zur Weltanschauungslehre und zur Wissenschaftsforschung, Bd. 1, hrsg.v. K. Acham. Wien/Köln/ Graz: Hermann Böhlau Nachf. 1982
- Miegel, Meinhard: Epochenwende. Gewinnt der Westen die Zukunft? Propyläen Verlag Berlin 2005
- Pfaller, Alfred: Was kann Europa tun, wenn Amerika tut, was es will? Friedrich-Ebert-Stiftung, Electronic ed.: Bonn: FES Library, 2003 (<http://library.fes.de/fulltext/id/01480.htm>)
- Rumsfeld, Press Meeting. Wednesday, January 22, 2003 - 1:30 P.M. (http://www.defenselink.mil/transcripts/2003/t01232003_t0122sdfpc.html)
- Salignac de la Mothe, Francois de: Die Abenteuer des Telemachus, Paris 1699
- St. Croix, Geoffrey de: Athenian Democratic Origins and Other Essays. Ed., by David Harvey and Robert Parker, Oxford: Oxford University Press 2004